Niederschrift
über die 18. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung
am **Mittwoch, 10. Mai 2023, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dr.-Ing. Martin Hoppe-Kilpper, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Natalie Sperl, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Sabine Wurst, Mitglied, SPD (Vertretung für Frau Esther Kalveram)
Volker Zeidler, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU (Vertretung für Frau Wilmes)
Alexander Grotov, Mitglied, CDU (Vertretung für Frau Nicole Siebrecht)
Jan Hörmann, Mitglied, CDU
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE
Michael Werl, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme
Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Sabine John, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Vera Wilmes, Vorsitzende, CDU
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Sven Eichel, Dezernat für Ordnung, Sicherheit und Sport
Dr. Sandra Büchsel, Rechtsamt

Tagesordnung:

1.	**Wahl der bzw. des 2. stellvertretenden Vorsitzenden**	
2.	**Änderung und Anpassung der Betriebskostenzuschussverträge freier Träger von Kindertagesstätten und Grundschulkindbetreuung**	101.19.735
3.	**Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Betrieb einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel**	101.19.779
4.	**Fortschreibung der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Umsetzung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel**	101.19.780
5.	**Digitale Parkausweise**	101.19.762
6.	**Digitale Hundemarken**	101.19.765
7.	**Digitale Informationstafeln**	101.19.774

1. stellvertretender Vorsitzender Nölke eröffnet die mit der Einladung vom 3. Mai 2023 ordnungsgemäß einberufene 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

1. stellvertretender Vorsitzender Nölke teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 1 betr. Wahl der bzw. des 2. stellvertretenden Vorsitzenden wegen fehlender Wahlvorschläge entfällt. Der Tagesordnungspunkt wird für eine der nächsten Sitzungen vorgemerkt.

Er stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Wahl der bzw. des 2. stellvertretenden Vorsitzenden

Abgesetzt

2. Änderung und Anpassung der Betriebskostenzuschussverträge freier Träger von Kindertagesstätten und Grundschulkindbetreuung
Vorlage des Magistrats
- 101.19.735 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Den in der Anlage aufgeführten Vertragsentwürfen über die Förderung von Kindertageseinrichtungen und von Einrichtungen zur Grundschulkindbetreuung mit den Anhängen wird zugestimmt. Die Verträge sollen rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 6.000.000,00 Euro stehen bei Produkt 36501, Kostenträger 36501 9000 Förderung von Kitas freier Träger zur Verfügung."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung und Anpassung der Betriebskostenzuschussverträge freier Träger von Kindertagesstätten und Grundschulkindbetreuung, 101.19.735, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

3. Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Betrieb einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.19.779 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Landkreis Kassel über den Betrieb einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle wird zugestimmt."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Betrieb einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel, 101.19.779, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

4. Fortschreibung der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Umsetzung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.19.780 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Fortschreibung der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Umsetzung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (HRDG) zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel wird zugestimmt."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Fortschreibung der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Umsetzung des Hessischen

Rettungsdienstgesetzes zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel, 101.19.780, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

5. Digitale Parkausweise
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.762 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Arten von Park-Ausnahmegenehmigungen (z. B. das Parken von Handwerksbetrieben, Pflegediensten, das Anwohnerparken) zu digitalisieren. Die Kommunikation zwischen Ämtern und Parkberechtigten soll über eine digitale Plattform vollständig online möglich sein. Dazu sollen alle technischen und administrativen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Arten von Ausnahmeparkgenehmigungen bis zum 30.09.2023 digital erteilt werden können. Im Zuge dieser Maßnahmen sollen die unterschiedlichen Ausnahmegenehmigungen nach Möglichkeit vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Stadtverordneter Grotov, CDU-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Diskussion schlagen die Stadtverordneten Augustin und Grotov, CDU-Fraktion, Änderungen vor. Diese werden übernommen und Stadtverordneter Grotov ändert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP wie folgt ab.

➢ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der ~~Magistrat~~ **Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde** wird ~~aufgefordert~~ **gebeten**, alle Arten von Park-Ausnahmegenehmigungen (z. B. das Parken von Handwerksbetrieben, Pflegediensten, das Anwohnerparken) zu digitalisieren. Die Kommunikation zwischen Ämtern und Parkberechtigten soll über eine digitale Plattform vollständig online möglich sein. Dazu sollen alle

technischen und administrativen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Arten von Ausnahmeparkgenehmigungen bis zum ~~30.09.2023~~ **Jahresende** digital erteilt werden können. Im Zuge dieser Maßnahmen sollen die unterschiedlichen Ausnahmegenehmigungen nach Möglichkeit vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: SPD, DIE LINKE
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsam Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Digitale Parkausweise, 101.19.762, wird **zugestimmt.**

Stadtverordnete Schirmer, Fraktion DIE LINKE, stellt für ihre Fraktion folgenden Änderungsantrag.

- **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Arten von Park-Ausnahmegenehmigungen (z. B. das Parken von Handwerksbetrieben, Pflegediensten, das Anwohnerparken) **zusätzlich zu einer analogen Möglichkeit** zu digitalisieren. Die Kommunikation zwischen Ämtern und Parkberechtigten soll über eine digitale Plattform vollständig online möglich sein. Dazu sollen alle technischen und administrativen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Arten von Ausnahmeparkgenehmigungen bis zum 30.09.2023 digital erteilt werden können. Im Zuge dieser Maßnahmen sollen die unterschiedlichen Ausnahmegenehmigungen nach Möglichkeit vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD (1), CDU, FDP, AfD
Enthaltung: SPD (2)
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Digitale Parkausweise, 101.19.762, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schirmer

6. Digitale Hundemarken
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.765 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird aufgefordert, die Möglichkeit einer digitalen Hundemarke einzuführen. Dies kann zum Beispiel über einen QR-Code geschehen und ermöglicht es den Hundehalterinnen und –haltern, die Marke immer digital dabei zu haben, und Kontrollen einfacher zu machen. Die digitale Hundemarke soll bei Neuanmeldung als Option gewählt werden können. Derzeitige Hundehalterinnen und -halter sollten diese zusätzlich zur bestehenden Marke auf Wunsch unkompliziert und digital erhalten. Die Anträge sind im Rahmen des Angebots der Stadt Kassel komplett digital zu gestalten.

Stadtverordneter Grotov, CDU-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Aussprache schlägt Stadtverordneter Grotov, CDU-Fraktion, eine Änderung vor. Diese wird übernommen und er ändert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP wie folgt ab.

➢ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird aufgefordert, ~~die Möglichkeit~~ einer digitale~~n~~ Hundemarke einzuführen. Dies kann zum Beispiel über einen QR-Code geschehen und ermöglicht es den Hundehalterinnen und –haltern, die Marke immer digital dabei zu haben, und Kontrollen einfacher zu machen. Die digitale Hundemarke soll bei Neuanmeldung als Option gewählt werden können. Derzeitige Hundehalterinnen und -halter sollten diese zusätzlich zur bestehenden Marke auf Wunsch unkompliziert und digital erhalten. Die Anträge sind im Rahmen des Angebots der Stadt Kassel komplett digital zu gestalten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP, AfD
Ablehnung: SPD
Enthaltung: DIE LINKE
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Digitale Hundemarken, 101.19.765, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Nölke

7. Digitale Informationstafeln
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.774 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Über wie viele digitale Informationstafeln im Stadtgebiet verfügt die Stadt Kassel?
2. Auf wie viele nicht der Stadt Kassel gehörende digitale Infotafeln hat die Stadt Kassel im Ereignisfall (z.B. Katastrophenschutzwarnungen) Zugriff?
3. An welchen Standorten befinden sich die unter 1. und 2. erhobenen digitalen Infotafeln?

4. Können Stadtteile für ihren Bereich die Aufstellung von digitalen Infotafeln beantragen und könnten diese dann auch zu allgemeinen Informationen im Stadtteil genutzt werden (z.B. Informationen über Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden)?
5. Besteht die Möglichkeit, solche Projekte in Zusammenarbeit mit Smart City umzusetzen?

Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, begründet die gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Augustin die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Matthias Nölke
1. stellvertretender Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Konzernbüro

Anlage zu TOP 7

-IK-

Kassel documenta Stadt

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. -9. Mai 2023
☐ -32- ☐ -36- ☐ -37- ☐ -52- ☐ -70-

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 12. MAI 2023

Herr Reyer
Tel. 2055

-III-

über -I- 8.05.23

2. Mai 2023

Anfrage des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung – 10. Mai 2023

101.19.774 – Digitale Informationstafeln

Fragesteller: Holger Augustin

Zu der oben genannten Anfrage nehmen wir in Abstimmung mit der Deutsche Städte Medien GmbH wie folgt Stellung:

1. Über wie viele digitale Informationstafeln im Stadtgebiet verfügt die Stadt Kassel?

Auf der Grundlage des bestehenden Werbenutzungsvertrages mit der DSM Deutsche Städte Medien GmbH stehen auf kommunalem Grund 8 digitale Anlagen im Format von 9 m² zur Verfügung; hinzu kommen 7 Installationen in einem kleineren Format von 70 Zoll in der Fußgängerzone (Standorte s. zu 3).

2. Auf wie viele nicht der Stadt Kassel gehörende digitale Infotafeln hat die Stadt Kassel im Ereignisfall (z. B. Katastrophenschutzwarnungen) Zugriff?

In einem Notfall hat die Stadt Kassel Zugriff auf 11 digitale Anlagen im Großformat; davon befinden sich 3 auf privatem Grund. Des weiteren kommen 7 Standorte im Kleinformat hinzu. Im Notfall hat die Feuerwehr einen direkten Zugriff auf die Screens über das MoWaS-System. Dieses modulare Warnsystem (MOWaS) ist ein hochverfügbares, gehärtetes System zur Warnung der Bevölkerung in Deutschland.

3. An welchen Standorten befinden sich die unter 1. und 2. erhobenen digitalen Infotafeln?

9 m²-Format kommunal:

- Am Auestadion / Raiffeisenstraße
- Dresdener Straße / Tapsgasse geg.
- Druseltalstraße / Hasselweg
- Scharnhorststraße / BMW geg.
- Wolfhager Straße nähe 325
- Leipziger Straße nähe Nr.329 / Fischhausweg
- Weserstraße 7
- Heßbergstraße / nähe Teichstraße

Herr Reyer
Tel. 2055

70 Zoll-Format kommunal:

- Obere Königsstraße 28a / Höhe Café Alex
- Untere Königsstraße 65
- Untere Königsstraße 77
- Untere Königsstraße 56-58
- Königsplatz 55
- Königsplatz 40
- Neue Fahrt / Treppenstraße

4. Können Stadtteile für ihren Bereich die Aufstellung von digitalen Infotafeln beantragen und könnten diese dann auch zu allgemeinen Informationen im Stadtteil genutzt werden? (z. B. Informationen über Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden)?

Die Aufstellung weiterer digitaler Screens ist von der DSM geplant und bedarf eines bau- u. planungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Neben den digitalen Werbeträgern wird zukünftig in jedem Ortsbezirk eine konventionell betriebene Kultursäule implementiert, die von Vereinen und Verbänden zu rabattierten Konditionen genutzt werden kann.

5. Besteht die Möglichkeit, solche Projekte in Zusammenarbeit mit Smart City umzusetzen?

Die Konzeptionierung wird zukünftig mit verschiedenen Partnern angegangen.

Im Auftrag

B. Reyer

Bernd Reyer